ÄRZTE IN – GESUNDHEITSPOLITIK IM DIALOG

Ein Beitrag von Dr. Agnes Römeth

Netzwerken, diskutieren und Impulse mitnehmen – ein Abend zwischen Gesundheitspolitik und Praxisrealität. Die Veranstaltungsreihe „Ärzte IN – Ärzte im Gespräch" der *Rheinischen Post* hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 2013 zu einem festen Treffpunkt für Ärztinnen und Ärzte, Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Gesundheitswesen entwickelt. Zweimal jährlich – in der Regel im Frühjahr und Herbst – kommen mehrere Hundert Gäste in Düsseldorf zusammen, um aktuelle Entwicklungen im Gesundheitswesen zu diskutieren und Kontakte zu pflegen. Die Veranstaltungen sind regelmäßig ausgebucht und bieten neben fachlichen Impulsen vor allem die Möglichkeit zum persönlichen Austausch mit politischen Entscheidungsträgern.

Auch die jüngste Veranstaltung im Juli stand ganz im Zeichen der Gesundheitspolitik. Auf dem Podium diskutierten der nordrhein-westfälische Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann und der Arzt sowie Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Hendrik Streeck. Die Moderation übernahm Dr. Antje Höning, Wirtschaftsredakteurin der *Rheinischen Post*, die das Gespräch mit aktuellen und teils kontroversen Themen souverän leitete.



Prof. Dr. Hendrik Streeck, Dr. Julia Tiefengraber und Dr. Agnes Römeth.

Hitze als Herausforderung für das Gesundheitswesen

Passend zu den hochsommerlichen Temperaturen begann die Diskussion mit den Auswirkungen extremer Hitze auf die medizinische Versorgung. Während Prof. Streeck für einen pragmatischeren Umgang mit Klimaanlagen warb und auf internationale Erfahrungen verwies, lenkte Laumann den Blick auf die praktische Versorgungssituation in Nordrhein-Westfalen. Insbesondere Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Rettungsdienste seien während der Hitzewelle erheblich gefordert gewesen. Gleichzeitig hob Laumann die gute Zusammenarbeit der beteiligten Organisationen hervor. Der Katastrophenschutz funktioniere in Nordrhein-Westfalen zuverlässig, und die Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen wie dem Technischen Hilfswerk oder dem Deutschen Roten Kreuz habe sich bewährt. Sein Fazit lautete: „Wir haben es aber hinbekommen."

Finanzierung bleibt die zentrale Herausforderung

Den größten Raum nahm erwartungsgemäß die Diskussion über die Finanzierung des Ge-

sundheitswesens ein. Beide Politiker waren sich einig, dass die finanzielle Situation der gesetzlichen Krankenversicherung angespannt ist. Unterschiede zeigten sich jedoch bei den Lösungsansätzen.

Prof. Streeck machte deutlich, dass aus Sicht des Bundes kurzfristig Maßnahmen erforderlich seien, um den weiteren Anstieg der Krankenkassenbeiträge zu begrenzen. Ziel sei es, die Finanzierung des Systems zu stabilisieren. Angesichts der angespannten Haushaltslage des Bundes seien Einsparungen unvermeidbar.

Laumann bewertete einzelne Reformvorhaben dagegen deutlich kritischer. Insbesondere die Auswirkungen auf freigemeinnützige Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen bereiteten ihm Sorgen. Eine dauerhaft tragfähige Krankenhausversorgung könne nur mit einer verlässlichen Finanzierung gelingen. Darüber hinaus sprach er sich dafür aus, notwendige Strukturreformen stärker im ambulanten Bereich voranzutreiben. Auch die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands werde sich aus seiner Sicht zunehmend auf die Finanzierung des Gesundheitswesens auswirken. In diesem Zusammenhang kritisierte Laumann erneut, dass die Beiträge für Bürgergeldempfänger dauerhaft aus Mitteln der gesetzlichen Krankenversicherung finanziert würden. Dies sei letztlich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und müsse aus Steuermitteln getragen werden.

Prävention stärker in den Fokus rücken

Neben der Finanzierung wurde auch über Prävention diskutiert. Prof. Streeck sprach sich dafür aus, gesundheitsschädigendes Verhalten stärker über steuerliche Instrumente zu beeinflussen. Eine höhere Besteuerung von Tabak- und Alkoholprodukten könne nach seiner Auffassung langfristig dazu beitragen, gesundheitliche Folgekosten zu reduzieren.

Unabhängig von der konkreten politischen Bewertung zeigte die Diskussion einmal mehr, dass Prävention künftig einen deutlich höheren Stellenwert in der Gesundheitspolitik einnehmen dürfte.

Kontroverse um die Cannabisgesetzgebung

Kontrovers wurde die derzeitige Cannabisgesetzgebung diskutiert. Sowohl Laumann als auch Prof. Streeck äußerten sich kritisch zur Umsetzung der Reform. Laumann bezeichnete das Gesetz als nur schwer kontrollierbar und bezweifelte, dass die angestrebten Ziele erreicht würden. Prof. Streeck verwies auf Entwicklungen, die aus seiner Sicht Anlass zu einer erneuten politischen Bewertung geben. Er äußerte die Sorge, dass die Grenzen zwischen medizinischer Anwendung und Freizeitkonsum zunehmend verschwimmen könnten. Gleichzeitig machte er deutlich, dass Suchterkrankungen und insbesondere neue synthetische Drogen das Gesundheitswesen künftig stärker beschäftigen werden.

Auch der zunehmende Konsum von E-Zigaretten und Vapes bei Jugendlichen wurde als gesundheitspolitische Herausforderung angesprochen. Beide Diskutanten unterstrichen die Bedeutung einer wirksamen Präventionspolitik.

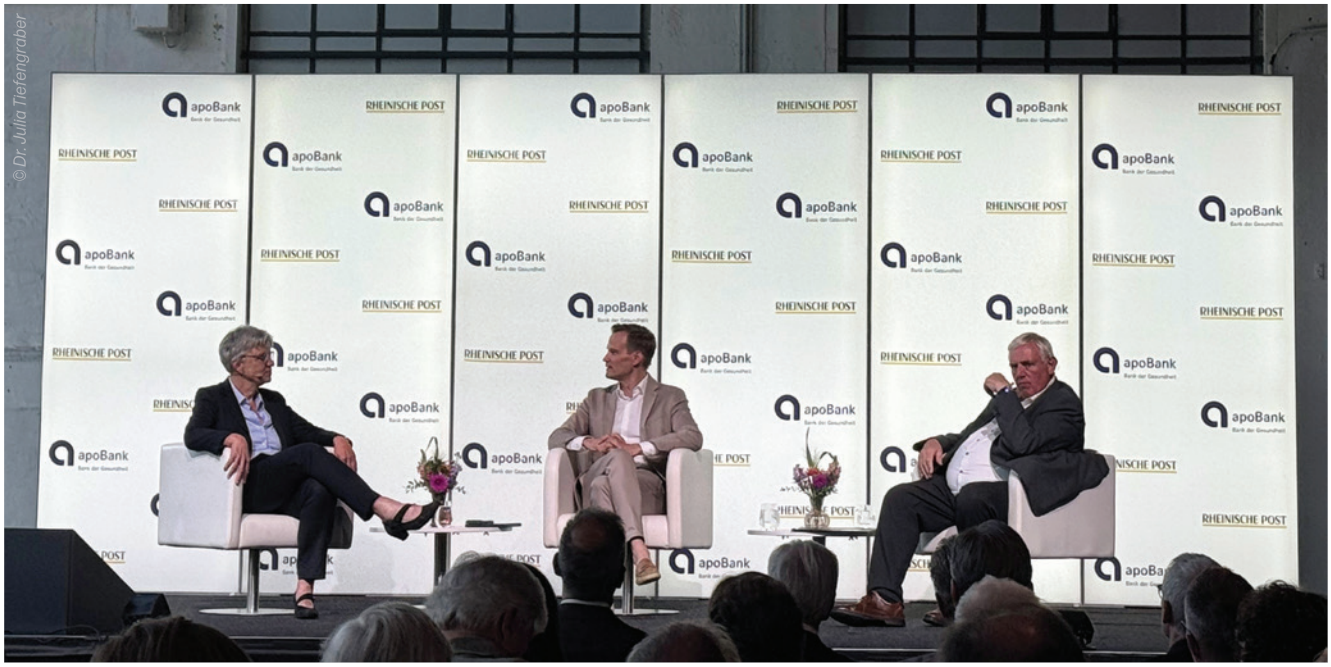
„Wir können keine 90 Milliarden Euro einsparen, ohne dass es einer merkt.“ Karl-Josef Laumann, Gesundheitsminister in Nordrhein-Westfalen

Ambulantisierung und digitale Steuerung

Weitere Themen wurden im Laufe des Abends eher skizziert als vertieft. Hierzu gehörten die Einführung eines Primärarztsystems, digitale Steuerungsinstrumente für die Vergabe von Facharztterminen sowie die weitere Ambulantisierung medizinischer Leistungen. Insbesondere die stärkere Verzah-



Dr. Julia Tiefengraber, Minister Karl-Josef Laumann und Dr. Agnes Römeth.



Auf der Bühne: Moderatorin Dr. Antje Höning, Minister Karl-Josef Laumann und Prof. Dr. Henrik Streeck.

nung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung dürfte die gesundheitspolitische Diskussion auch in den kommenden Jahren prägen. Die Auflösung traditioneller Sektorengrenzen gehört seit Längerem zu den zentralen Reformzielen im deutschen Gesundheitswesen und wurde von beiden Diskutanten grundsätzlich als notwendige Entwicklung angesehen. Gerade für niedergelassene Ärztinnen und Ärzte sind diese Entwicklungen von erheblicher Bedeutung. Auch wenn die Kieferorthopädie von einzelnen Reformvorhaben nicht unmittelbar betroffen ist, beeinflussen Veränderungen der Finanzierungsstrukturen, der Digitalisierung und der Versorgungsorganisation langfristig das gesamte Gesundheitssystem.

Persönlicher Austausch als besonderer Mehrwert

Zum Ende der Diskussion brachte Laumann die Dimension der bevorstehenden Reformen mit einem prägnanten Satz auf den Punkt: „Wir können keine 90 Milliarden Euro einsparen, ohne dass es einer merkt." Trotz aller Herausforderungen zeigte er sich optimistisch und verwies auf seine Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen. Mit Blick auf seine neun Enkelkinder wünsche er sich, dass Deutschland auch künftig über ein leistungsfähiges und solidarisch finanziertes Gesundheitswesen verfüge.

Im Anschluss an die Podiumsdiskussion nutzten zahlreiche Gäste die Gelegenheit, mit beiden Politikern persönlich ins Gespräch zu kommen. Gerade dieser direkte Austausch macht den besonderen Charakter von „Ärzte IN" aus. Anders als bei großen Kongressen entstehen hier Gespräche, die über den eigentlichen Vortragsabend hinausreichen und den Dialog zwischen Politik und Ärzteschaft fördern.

> ***„Beide Politiker waren sich einig, dass die finanzielle Situation der gesetzlichen Krankenversicherung angespannt ist. Unterschiede zeigten sich jedoch bei den Lösungsansätzen."***

Für die anwesenden Kieferorthopädinnen und Kieferorthopäden bot die Veranstaltung damit nicht nur interessante Einblicke in die aktuelle Gesundheitspolitik, sondern auch die Möglichkeit, Entwicklungen frühzeitig einzuordnen und Kontakte zu Kolleginnen und Kollegen sowie gesundheitspolitischen Akteuren zu pflegen. In Zeiten tiefgreifender Reformen ist dieser direkte Dialog wichtiger denn je. ■